

Riesner Tageblatt



und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger).

Amtsblatt

Verlag: Riesner Verlag, Riesa, Markt 22.

Verlag: Riesner Verlag, Riesa, Markt 22.

Für die Amtshauptmannschaft Großenhain, das Amtsgericht und den Rat der Stadt Riesa, sowie den Gemeinderat Ortha.

Nr. 282.

Dienstag, 7. Oktober 1919, abends.

72. Jahrg.

Das Riesner Tageblatt erscheint jeden Tag abends 6 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Festtage. Verkaufspreis gegen Voranzahlung 1,00 Mark ohne Zustellgebühr, bei Abnahme am Postamt vierteljährlich 3,10 Mark, monatlich 1,70 Mark. Anzeigen für die Nummer des Ausgabebelages sind bis 9 Uhr vormittags anzugeben und im voraus zu bezahlen; eine Gewähr für das Erscheinen an bestimmten Tagen und Plätzen wird nicht übernommen. Preis für die 48 mm breite, 8 mm hohe Grundchrift-Zeile (7 Zeilen) 45 Pf., Octopreis 40 Pf., getraubender und abelartiger Satz 50%, Kuffschlag, Nachweilungs- und Vermittlungsgebühr 30 Pf. Stelle Tarife. Bewilligter Rabatt erlischt, wenn der Betrag verfällt, durch Klage eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Zahlungsrückstand gerät. Zahlungs- und Erfüllungsort: Riesa. Vierteiljährliche Unterhaltungsgebühr „Gründer an der Elbe“. — Im Falle höherer Gewalt — Krieg oder sonstiger irgendwelcher Störungen des Betriebes der Druckerei, des Verlegers oder der Verbreitungsanstalten — hat der Besteller keinen Anspruch auf Lieferung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. Rotationsdruck und Verlag: Riesaer & Winterlich, Riesa. Geschäftsstelle: Marktstraße 59. Verantwortlich für Redaktion: Arthur Schmalz, Riesa; für Anzeigen: Wilhelm Dittich, Riesa.

Sperrung der Gasabgabe.

Da eine Behebung der Betriebsstörung bis jetzt noch nicht ermöglicht werden konnte, kann vor Mittwoch, abends 6 Uhr, kein Gas abgegeben werden. Der Rat der Stadt Riesa, am 7. Oktober 1919.

Eierverteilung.

Der Stadt Riesa ist eine geringe Menge Kalk Eier zugewiesen worden. Diese Eier dürfen nicht in der Schale gefressen werden. Die Eier werden gegen Abgabe des Abschnitts N der roten Lebensmittelbesugskarte abgegeben. Die Abgabe erfolgt Mittwoch, den 8. Oktober 1919, und zwar werden beliefert: die Lebensmittelbesugskarten 1—1700 in den Geschäften des Konsumvereins „Volkswohl“ für Riesa und Umg., e. G. m. b. H., Goethestraße 80/2 und Bismarckstraße 15, die Lebensmittelbesugskarten 1701—2400 in dem Hauptgeschäft der Volkserwerbsgenossenschaft, e. G. m. b. H., Wettinerstraße 24. Der Rat der Stadt Riesa, am 7. Oktober 1919. Sam.

Einschränkung des Verbrauchs von elektrischem Strom und von Gas.

Auf Grund der Verordnung des Arbeitsministeriums vom 20. September 1919, Veröffentlichung der Bekanntmachung des Reichskommissars für die Kohlenverteilung vom 9. September, betreffend (abgedruckt in Nr. 227 des Riesner Tagesblattes vom 1. Oktober

1919) und im Hinblick auf die großen Schwierigkeiten in der Kohlenversorgung ersuchen wir die Besitzer von Elektrizität und Gas um größtmögliche Sparsamkeit im Verbrauch von elektrischem Strom und Gas.

Unter Vorbehalt weiterer Einschränkungs-Bestimmungen ordnen wir zunächst vorläufig an:

1. Alle offenen Ladengeschäfte dürfen nur bis abends 6 Uhr elektr. oder Gasbeleuchtung benutzen.
2. Jedwede Licht-Vielzwecklampe ist verboten.
3. Die Benutzung von elektrischen Heizöfen und von Gasbädern und Gasheizöfen ist verboten, soweit sie nicht in Krankheitsfällen auf Antrag besonders gestattet wird.
4. Der Betrieb von Elektromotoren in der Zeit von nachm. 4—8 Uhr wird untersagt. In besonders dringenden Fällen kann Genehmigung auf schriftlichen Antrag durch den untenunterzeichneten Vertrauensmann des Reichskommissars für Elektrizität erteilt werden.

Riesa, am 7. Oktober 1919.

Der Rat der Stadt Riesa.

Dr. Scheider, Bürgermeister.
Die Vertrauensmänner des Reichskommissars für Elektrizität und Gas bzw. für die Kohlenverteilung für das Elektrizitätswert Riesa und für das Gaswerk Riesa. Direktor Reher. Direktor Junge. Ind.

Deutsche Männer und Frauen!

Bewahrt Euch die deutsche Heimat! Ihr, die Ihr aus Ost- und Westpreußen, aus Oberschlesien und aus Schleswig-Holstein stammt, bewahrt Eurer Heimat auch die Treue, wenn Ihr jetzt im fremden Lande, in fremder Stadt weilt. In Eurer Hand liegt das Schicksal der Gebietsteile, in denen nach Inkrafttreten des Friedensvertrages Volksabstimmungen vorgenommen werden sollen. Ihr sollt mit darüber entscheiden, ob Eurer Heimat fernherhin noch zum deutschen Reiche gehören soll. Keiner darf bei dieser Entscheidung fehlen. Jeder tue seine Pflicht. Jeder Abstammungsberechtigte trage sich in die Fragebogen ein, die am 8. Oktober aus Anlaß der Volksabstimmung in jede Familie kommen. Es gilt, die Abstimmung vorzubereiten. Von der Vorbereitung hängt der Erfolg ab. Jeder hole die Seinigen heran. Jede Stimme zählt, jede entscheidet.

Wohnungsnot.

Von einem süddeutschen Staatsmann wird geschrieben: Im kommenden Winter wird die Wohnungsnot ihren Gipfel erreichen. Vom nächsten Frühjahr ab wird schon etwas besser werden. Denn bis dahin werden die ersten Neubauten — freilich für welche Kosten — unter Dach gebracht sein. Wie wir uns aber über den jetzigen Winter hinwegsetzen, das ist tatsächlich gegenwärtig noch ein Rätsel. Die Wohnungsnot drängt sich überall zu. In den Städten der Flüchtlinge aus dem Osten und aus dem Westen strömen in die verengerten Grenzen Deutschlands herein, wo selbst die Arbeiterfamilien, infolge des langen Standes aller Bauarbeiten, kaum noch Platz hatten. Es gibt kaum ein brennenderes Gefühl als das, in irgend einem Wohnungsamt tätig zu sein. Wärdnen doch die Leute, die behaglich in geräumiger Wohnung sitzen, einmal etwas mitleiden von den Szenen, die sich da täglich abspielen. Da kommt ein Elternpaar, beide krankenkrank, mit 6 Kindern. Sie sitzen in einem saigen Loch unterm Dach und jammern händeringend nach einer erträglichen Unterkunft, weil es sonst ihr Tod sein könnte. Da kommt ein Kriegsteilnehmer, der eine Schar von 7 Kindern zu versorgen hat und nirgendwo auch nur eine Wohnung von 2 Räumen für diese große Zahl aufstellen kann. Er ist Bahnarbeiter. Macht man sich wohl einen Begriff davon, wie seine Klagen auf seine Kollegen wirken werden? Und kann man ihn verurteilen, wenn die Konart, in der er liegt, nicht immer die sanfteste ist? Und wenn das alles nur einzelne Fälle wären! Aber so kommen sie leider täglich zu Dutzenden. Laufend Fälle der Wohnungsnot sind gemeldet, 400 davon sind für beinahe erklärt, und dann läßt sich nur für 200 Rat schaffen. Was wird aus den übrigen 200 Dringlichen und 800 weniger dringlichen Fällen? Wer sein Heim hat, verzichtet sich wenig den Kopf darüber. Aber die Obdachlosen selbst geraten in Verzweiflung. Wer über mehr Wohnräume verfügt als er nötig hat, der sollte sich die allgemeine Not noch weit mehr zu Herzen nehmen, als das bisher gemeinhin geschieht. Im äußersten Notfalle muß eine Nationalisierung der Wohnungen kommen. Das würde natürlich die schwerste Härte mit sich bringen. Da würde man vielfach zwei oder mehr Haushaltungen auf die gemeinsame Benutzung einer Küche anstellen müssen und was dergl. Mißstände noch mehr sind. Aber selbst das wäre immer noch besser als die Schrecken einer zweiten aus der Verzweiflung herausgehorenen Revolution. Wachen wir uns auf alles geist. Die Zeiten sind so ernst, daß wir alle zu opfern bereit sein müssen. Nach einem verlorenen Kriege hat kein Staatsbürger mehr den Anspruch darauf, ungehindert in seinen alten Bequemlichkeiten weiter leben zu können. Aus der Lebensart, die wir unsere Väter als Brüder zusammengetragen wußten, muß erst gemacht werden. Kommen wir um die Nationalisierung der Wohnungen herum, umso besser. Kein Staatsmann wird umgewungen den Eingriff in das Allerheiligste der Privatheit und des Familienlebens tun. Aber wo Hunderttausende überhaupt keine Privatheit mehr haben, da können sie freilich nicht dem Interesse der übrigen Haushaltungen einfach ausgesetzt werden. Irigendwie muß Rat geschafft werden. Fürchtet man sich vor dem gewalttätigen Wege der Nationalisierung, dann bleibt nur eins: Wachen müssen diejenigen, die über eine Anzahl oder auch nur einen erheblichen Raum verfügen, diesen zur Benutzung für andere hergeben. Wer irgend vermieten kann, soll es jetzt tun. Es ist ebenso sittliche Pflicht gegen den leidenden Mitmenschen, wie Staatsbürgerpflicht gegenüber dem in schwerster Not leidenden Vaterland. Nur wenn sich die beher-

stimmten Wohnungsinhaber auf ihre sozialen und patriotischen Pflichten besinnen, wo sie nicht nur zu Almosen, sondern wirklichen Opfern auch auf dem Gebiete des Wohnungswesens bereit sind, können wir über die verwerfliche Situation dieses Winters hinweg. Leider ist doch ein Appell an die Gewissen häufig genug fruchtlos geblieben. Wäre das nicht wieder so sein. Es könnte denen, die sich um ihre Pflicht drücken wollen, sehr übel bekommen.

Auch Italien hat ratifiziert.

Der römische Berichterstatter des Pariser „Welt Journal“ meldet, daß der König von Italien den Vertrag von Versailles auf Grund der im letzten Ministerrat gefaßten Beschlüsse gestern durch ein Dekret ratifiziert hat.

Sollte der französische Senat den Friedensvertrag Ende dieser Woche ratifizieren, so würden die notwendigen Ratifikationen durch drei Großmächte vorhanden sein und der Friedensvertrag könnte in Kraft treten.

Mit der Ratifizierung durch den König schließt vorerst einmal der verräterische Krieg, den Italien seines sacro egoismo wegen führte, und der zwar nicht alle seine zum Schluß maßlos gewordenen Wünsche erfüllte, ihm aber doch den vollen Sieg über den gefährlichsten Nachbarn Oesterreich verlieh und endlich die irrenden Gebiete seiner Staatshoheit unterstellte. Die Kammer wird sich der vollständigen Ratifizierung gegenüber wahrscheinlich baldiger erweisen, zumal die Neuwahl in der Stellung des Kabinetts Ratti aller Voraussicht nach stärken werden. Die Regierung wird zur Wahlpropaganda gewiß nicht unterlassen, auf die Segnungen des Friedens werdend hinzuwirken. Da sich allerdings Italien lange und geschickt des Judasloches und seiner Segnungen wider erwehren können, muß doch recht ungewiß erscheinen zu einer Zeit, wo in der Adria schon die Bänkschüre brennen, die die Bombe eines neuen Krieges zum Bersten bringen sollen.

Sitzung der Sächsischen Volkskammer.

Nach einer längeren Sommerpause nahm gestern die Kammer ihre Sitzungen wieder auf. Vor Eintritt in die Tagesordnung gab Ministerpräsident Dr. Gradnauer eine Erklärung zur Regierungsumbildung ab, die sich durch die demokratischen Grundzüge und durch die Lage des Landes erforderlich gemacht hätte. Erfreulich sei, daß die zwischen der demokratischen und sozialdemokratischen Fraktion gepflogenen Verhandlungen so schnell zu einem erfolgreichen Abschluß geführt hätten. Damit werde die Zeit eines ungeklärten und unhaltbaren Regierungszustandes beendet. Keine der beiden Fraktionen denke daran, ihre Grundzüge irgendwie auszugeben, aber beide fänden sich zusammen, weil das demokratische Regierungsprinzip und weil das Wohl der Gesamtheit es erfordere. Die Äußerung der Seite der Unabhängigen sei geschlossen und müsse solange geschlossen bleiben, als die Fraktion nicht bereit sei, zu den Grundzügen demokratischer Gerechtigkeit zurückzukehren. Zum Schluß richtete er an alle Parteien, die nicht in der Regierung vertreten sind, die Bitte um willige Mitarbeit und erklärte die Regierung bereit, Anregungen und Beschwerden der Minderheitsparteien gern entgegenzunehmen. In der gegenwärtigen Notzeit unseres Volkes komme es nicht darauf an, das Trennende mit übermächtiger Schärfe herauszuarbeiten, sondern gegenseitige Hilfsleistung tue not, um sich aus dem Dreck wieder erheben zu können.

Darauf wurde in die Tagesordnung eingetreten, auf der die unsern Lesern bekannte Vorlage über die Gewährung einer einmaligen Beschäftigungsbeihilfe an Beamte und Militäer usw. stand. In der Begründung dazu brachte Minister Ullig zum Ausdruck, daß die Regierung mit wenig Freude an die Ausarbeitung des Entwurfs gegangen sei und dieser einen tiefen Eingriff in den Staatshaushaltplan bedeute. Wenn sich die Regierung trotzdem dazu entschlossen hätte, sei dies unter dem Druck der Katastrophe geschehen, das es eine Benachteiligung der sächsischen Beamten und Arbeiter wäre, wenn das Reich und die übrigen Bundesstaaten Zulage gewährt und Sachsen nicht. Abg. Beckisch (Soz.) erklärte für seine Partei die Notwendigkeit der Vorlage an, obwohl die Sozialdemokraten sonst Gegner des Zulagegesetzes seien. An der gegenwärtigen Fassung sei nicht die Aufhebung der Kriegswirtschaft Schuld, sondern der Umstand, daß man an ihrer Stelle nicht eine den heutigen Verhältnissen angepasste Organisationsform schaffe. Abg. Dr. Wendt (Dem.) gab die Erklärung ab, daß seine Partei- frunde die Vorlage für ein dringendes Bedürfnis empfänden

und Verständnis für die Notlage der Beamenschaft hätte. Nach Ansicht der Unabhängigen führe die Vorlage, wie Abg. Fleißner für diese Fraktion bemerkte, zu einer Verschärfung der Schuldenwirtschaft. Gegen Arbeiter schreite man bei Lohnforderungen mit Militär und Maschinenwesen ein. Eine wohlwollende Stellung zur Vorlage nahm Abg. Behnig (D. N.) ein. Nicht der Krieg sei schuld an unserer gegenwärtigen wirtschaftlichen Notlage, sondern die Revolution mit ihren Errungenschaften. Nachdem noch Abg. Blüher (D. B. W.) in der Hauptsache zu den Ausführungen der Debattierender Stellung genommen hatte, wurde die Vorlage auf einstimmigen Kammerbeschluß dem Finanzausschuß A zur Weiterberatung überwiesen.

Tagesgeschichte.

Deutsches Reich.
Mißstände in amerikanischen Gefangenenlagern. Wie wir hören, hat die deutsche Regierung Ende September eine Verbalnote an die Schweizerische Regierung betreffend die Verhältnisse der deutschen Kriegsgefangenen in amerikanischen Hand gerichtet. Es scheint hier eine Veränderung eingetreten zu sein. Es kamen häufig Klagen über grausame und menschenunwürdige Behandlung. In der Note wird die Vermittlung der schweizerischen Regierung dafür erbeten, daß eine Reihe von Vorfällen zur Kenntnis der amerikanischen Regierung gebracht und schärferer Einspruch erhoben werde. Es wird gleichzeitig um Entsendung von Vertretern in diese Gefangenenlager gebeten, die Ermittlungen anstellen und den Mißständen abhelfen sollen.

Prozess Eraberger-Deckerich. Das Anlagematerial des Reichsfinanzministers Eraberger gegen den früheren Staatssekretär Dr. Deckerich ist am 29. September dem Staatsanwalt zugestellt worden. Nach Eingang des Strafantrages hat die Staatsanwaltschaft des Landgerichts Berlin I das Ermittlungsverfahren sofort eingeleitet. Die Bearbeitung der Sache liegt in den Händen des Oberstaatsanwalts Kreufe persönlich.
Neuer Ueberziffer französischer Soldaten in Ludwigshafen. Als am vorigen Donnerstag in Ludwigshafen ein Straßenbahnfahrer mehrere französische Soldaten, die mitzuführen, zurückwies, weil sie keinen Anordnungen nicht Folge leisteten und sich weigerten, zu bezahlen, wurde er von ihnen geprügelt und blutig geschlagen. Auch ein in der Straßenbahn anwesender französischer Offizier sah sich nicht veranlaßt, einzuschreiten. Schließlich wurde der schwer verletzte Beamte, der nur seine Pflicht getan hatte, von einer hinarumkommenden Patrouille festgenommen und abgeführt. Ueber seinen Aufenthalt ist bisher noch nichts bekannt geworden.

Der Kampf gegen Eraberger. Von zuständiger Seite wird mitgeteilt: Ein Herr Dr. Heinrich Frenzel veröffentlicht unter dem Titel „Eraberger, der Reichsverderber“ eine Broschüre, die nichts anderes ist, als eine Zusammenfassung aller längst dementierten Legenden und böswilligen Verleumdungen, die jemals gegen den Politiker und Minister Eraberger im Umlauf waren. Die Arbeit befand sich auf die geschickte Benutzung von Schere und Kleister und kennzeichnet den bedauerlichen Zustand der augenblicklichen Broschürenproduktion.

General v. d. Goltz zu den Russen übergegangen. Die Petersburger Telegraphen-Agentur meldet den Uebergang des Generals von der Goltz mit seinem Stab zu den Russen. Diese Meldung bedarf nur noch der Bestätigung.
Englische Wölfe für Deutschland? Aus England kommt die Mitteilung, daß das Kriegsamt die Absicht hat, die Ausfuhr von Wölfe nach Deutschland zu gestatten.

Kompromiß über die Umsatzsteuer. Die „B. Z.“ am Mittwoch“ meldet, daß über die Umsatzsteuer ein Kompromiß zwischen den drei Regierungsparteien zustande gekommen ist. Der Satz der Umsatzsteuer ist mit 1/10 v. d. für jeden Umlauf bis zur letzten Hand festgelegt.

Die Rheinpfalz ohne elektrischen Strom. Wie einige Berliner Abendblätter melden, ist seit gestern früh die Zuführung elektrischen Stromes in der Rheinpfalz wegen Kohlenmangels eingestellt worden. Die Straßenbahnen stehen still, die Zeitungen können nicht erscheinen.

Die Kohlenkrise. Der sozialdemokratische Bergarbeiterführer Ose, der selbst eine Zeit lang Bergarbeiter war und zuletzt Bergarbeiter im preussischen Bundesministerium ist, äußert sich in der „Neuen Berliner Zeitung“ über die Kohlennot. Er stellt zunächst ein erschreckendes Steigen der Kohlenförderung fest, weist aber darauf hin, daß wir mit unserer, zurzeit etwa 70 Prozent des Friedensstandes betragenden Förderung streng haushalten müssen. Nach sei-